



**KOMMUNEN
IN NOT!**

GENUG GEKÜRZT!

Dokumentation der Kampagne in Sachsen





Eine Dokumentation im Auftrag von Dr. Axel Troost, Finanzpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Bundestag

Inhalt

Einführung.....	S. 3
Die Aktionswoche	
Montag 31.05.2010.....	S. 4
Dienstag 01.06.2010.....	S. 5
Mittwoch 02.06.2010.....	S. 6
Donnerstag 03.06.2010.....	S. 6
Freitag 04.06.2010.....	S. 7
Die Aktionskonferenz	
Samstag 05.06.2010.....	S. 9
Texte zum Thema	
Sebastian Scheel Kommunen in Not.....	S. 10
Peter Neubert Kommunen in Not - Chemnitz.....	S. 11
Michael Leutert Der Bundeshaushalt 2010.....	S. 12
Dr. Axel Troost Gegen den Finanzkollaps der Kommunen.....	S. 13
Dr. Axel Troost, Katrin Kunert Lösung jetzt, oder es droht der große Crash. S.	14
Dr. Gerold Polentz Finanznot der Kommunen. Beispiel Löbau.....	S. 15
Beispiele Pressemitteilungen und Material....	S. 17
Parteiinterne Bewerbung und Rezeption.....	S. 20

Einführung

Die hier vorliegende Dokumentation illustriert chronologisch den Verlauf der Aktionswoche „Kommunen in Not“ der Landesgruppe Sachsen, DIE LINKE im Bundestag vom 31. Mai 2010 bis 4. Juni 2010 und der gleichnamigen Aktionskonferenz des Kommunalpolitischen Forums Sachsen am 5. Juni 2010. Sie finden hier thematische Artikel unserer AkteurInnen und Materialien aus der Kampagne sowie zahlreiche Bilder und Veröffentlichungen der Presse.

Viele weitere Informationen, Bilder und auch Audioaufnahmen finden sich auf der Website des DIE LINKE, Landesverbandes Sachsen.

Anfang Mai 2010 startete der DIE LINKE Sachsen die Kampagne „Kommunen in Not! - genug gekürzt“. Die sächsischen Bundestagsabgeordneten der LINKEN beteiligten sich mit ihrer Landesgruppe mit einer Aktionswoche am Kampagnenthema. Vor Ort kamen die Bundestagsabgeordneten mit Verbänden und Vereinen sowie mit Betroffenen der Kürzungspolitik ins Gespräch. Mit einem eigenen Informationspapier zur Finanznot der Kommunen und dem Kampagnenmaterial des Landesverbandes, informierten sie Bürgerinnen und Bürger. Auch Landes- und KommunalpolitikerInnen der LINKEN beteiligten sich daran. Mehr als dreißig Einzelaktionen wurden in elf sächsischen Kommunen geplant und durchgeführt. Mit über zwanzig Presseartikel konnte das Thema verstärkt in der Öffentlichkeit platziert werden.

Die Aktionswoche schlug bewusst die thematische Brücke zur Aktionskonferenz „Kommunen in Not“ des Kommunalpolitischen Forum Sachsen am 5. Juni 2010. Diese verfolgte das Ziel, Ideen und Anregungen für vielfältige Aktionsweisen und Widerstandsformen zusammenzutragen.

■ Dr. Axel Troost

Finanzpolitischer Sprecher,
DIE LINKE im Bundestag

■ Michael Leutert

Sprecher Landesgruppe Sachsen,
DIE LINKE im Bundestag

**KOMMUNEN
IN NOT!**

**GENUG
GEKÜRZT
DIE LINKE**

Warum sind Kommunen in finanzieller Not?

Sächsische Landkreise, Städte und Gemeinden müssen in den nächsten Jahren einen dramatischen Einbruch ihrer Einnahmen verkraften – bis 2012 sind seitens des Freistaates Kürzungen von über einer Milliarde Euro gegenüber 2009 vorgesehen. Damit gibt er die Lasten der Finanzkrise und seine Verantwortung an die Kommunen weiter, obwohl er durch Fehlspekulationen der Landesbank Sachsen Mitverursacher der Krise ist.

Im Gegenzug wachsen die Aufgaben der Kommunen und damit deren finanziellen Belastungen. Auch hier vor Ort muss schon in diesem Jahr mit enormen Verlusten an Steuereinnahmen gerechnet werden, da die Steuerpolitik der Bundesregierung nur für einen kleinen wohlhabenden Teil der Bevölkerung nutzbringend ist, nicht jedoch für die Gemeinden und deren eh schon leere Kassen.

Diese verfehlte Politik, ausgetragen auf dem Rücken der Kommunen, lehnen wir ab!

Kommunen am Rande der Handlungsunfähigkeit

Der Druck in den Kommunen durch sinkende Einnahmen und steigende Ausgaben ist so groß wie noch nie. Auf den Kürzungslisten der Verwaltungen stehen daher zum großen Teil freiwillige Ausgaben im Sozial- und Kulturbereich. Wir werden nicht tatenlos zuschauen, wie Bibliotheken, Bäder, Theater, Jugendtreffs, Einrichtungen der frühkindlichen Erziehung sowie der mobilen Jugendarbeit, Projekte gegen Rechts und vieles mehr aus Sachzwängen heraus totgekürzt werden!

Wir kämpfen auch hier vor Ort gegen Einschränkungen des Leistungsangebotes für die Bürgerinnen und Bürger. Alle Streichungen und Kürzungen, die jetzt und in den folgenden Jahren aufgrund von Sachzwängen und aus

Finanznöten heraus erfolgen, sind auf lange Sicht nicht zu heilen und schaden dem Gemeinwohl!

Freistaat in der Pflicht

Die diesjährigen Einschnitte sind erst der Anfang, wenn der Freistaat Sachsen nicht grundlegend handelt.

Der Freistaat ist gesetzlich verpflichtet, die Aufgabenerfüllung der Kommunen auch finanziell sicherzustellen. Damit ist nicht nur die Erfüllung von sogenannten Pflichtaufgaben gemeint, sondern die Sicherstellung eines breiten kulturellen, sozialen und infrastrukturellen Angebotes für alle Einwohnerinnen und Einwohner. Die Menschen Sachsens leben vor Ort in den Kommunen, wo politischer Gestaltungsspielraum sichergestellt wird und Einflussnahme der Bürgerinnen und Bürger weiterhin bzw. vermehrt eine Rolle spielen müssen.

Für DIE LINKE steht die finanzielle Stabilität der Städte und Gemeinden deshalb an vorderster Stelle.

DIE LINKE fordert unter anderem:

- die bedingungslose Auszahlung der kommunalen Finanzmittel durch das Land,
- den Ausgleich der durch Bundesgesetzgebung verursachten kommunalen Mindereinnahmen und
- zusätzliche Mittel für Investitionen durch eine kommunale Investitionspauschale.

Wir fordern einen Schuttschirm für die Sächsischen Kommunen!

Für Fragen und Anregungen steht Sebastian Scheel, Finanzexperte und stellvertretender Landesvorsitzender der LINKEN Sachsen zur Verfügung.

DIE LINKE, Sachsen
Großenhainer Straße 101, 01127 Dresden
Telefon: 0351 - 85 32 70
kontakt@dielinke-sachsen.de
V.i.S.d.P.: Antje Feiks



Montag, 31.05.2010

Leipzig, MdB Dr. Barbara Höll

■ Perspektivenwechsel – Zahlreiche Sozialeinrichtungen in Sachsen sind derzeit von Kürzungen betroffen. Vor diesem Hintergrund arbeitete die Bundestagsabgeordnete Dr. Barbara Höll einen Tag lang in der „Leipziger Oase“, einer Einrichtung für wohnungslose Menschen des Caritasverband Leipzig e.V.

Dresden, MdB Katja Kipping, MdB Michael Leutert, MdL Sebastian Scheel

■ Pressefrühstück mit Katja Kipping, Michael Leutert und Sebastian Scheel zum Auftakt der Aktionswoche der Landesgruppe Sachsen „Kommunen in Not“ im Sächsischen Landtag (Moderation Marcel Braumann)
■ Im Anschluss fand ein Gespräch mit dem stellv. Geschäftsführer des Sächsischen Städte- und Gemeindetages Sachsen, Ralf Leimkühler im Sächsischen Landtag statt.

Dienstag, 01.06.2010

Hoyerswerda, MdB Caren Lay, MdL Marion Junge

■ Infostand zum Thema „Kommunen in Not“ auf dem Lausitzer Platz mit MdB Caren Lay, Bundesgeschäftsführerin der Partei DIE LINKE und MdL Marion Junge,

Görlitz, MdB Dr. Ilja Seifert, Stadt- und Kreisräte

■ Bürgerfrühstück zum Thema „Kommunen in Not“ mit MdB Dr. Ilja Seifert, Stadt- und Kreisräten.

Mittweida, MdL Falk Neubert

■ Infostand „Kommunen in Not!“ auf dem Markt in Mittweida, MdL Büro Falk Neubert

Zwickau, MdL Sebastian Scheel, Stadtrat Thomas Koutzky, weitere Stadträte, Büro MdB Sabine Zimmermann

■ 2 Infostände zum Thema „Kommunen in Not“ mit dem Vorsitzenden der Linksfraktion im Zwickauer Stadtrat, Thomas Koutzky und dem MdB-Wahlkreisbüro Sabine Zimmermann.

Torgau, MdB Dr. Axel Troost, MdL Thomas Kind

■ Gespräch des MdB Dr. Axel Troost sowie der MdL Sachsen Thomas Kind und Michael Friedrich mit dem Dezernenten der Finanzverwaltung des Landkreises Nordsachsen und dem 2. Beigeordneten Herr Kai Emanuel zur Finanznot der Kommunen und Landkreise

■ Infostand „Kommunen in Not“.

■ Gespräch zwischen MdB Dr. Axel Troost und dem DRK Vorstand Torgau in der Geschäftsstelle des DRK zur „Finanznot im Bereich der kommunalen Aufgaben“

Dresden, MdB Katja Kipping, Uli Reinsch

■ Aktionstermin vor dem Dresdner Rathaus, MdB Katja Kipping und Uli Reinsch als bettelnde Musikanten in Sachen Kommunal Finanzen

■ Treffen von MdB Katja Kipping mit dem Vorsitzenden der LIGA der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege Sachsen e.V., Christian Stolte im Hause der Diakonie in Dresden.

Chemnitz, MdB Michael Leutert, Hubert Gintschel

■ Pressegespräch zur Finanzlage der Stadt Chemnitz mit MdB Michael Leutert und Hubert Gintschel, Vorsitzenden der Stadtratsfraktion

■ Interaktiver „Info- und Meinungskubus“ / zentraler Infostand des MdB-Büro Michael Leutert und der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Chemnitz zum Thema „Kommunen in Not“ auf dem Marktplatz, Flyer-Verteilaktionen im Stadtgebiet sowie dezentrale Infostände der Ortsverbände

■ MdB Michael Leutert vor Ort unterwegs beim Chemnitzer Netzwerk für Kultur- und Jugendarbeit – Gesprächsrunde zur Situation der Kultur- und Jugendarbeit in Chemnitz in Zeiten von starken finanziellen Einschnitten in der Förderung

Leipzig, MdB Dr. Barbara Höll, MdL Volker Külöw, MdL Dr. Dietmar Pellmann, MdL Cornelia Falken

■ Gesprächsrunden im Halbstundentakt zum Thema „Kommunen in Not!“ sowie eine Luftballonaktion – hunderte Luftballons gen Berlin und Dresden sollten aufsteigen und die Forderungen der Leipzigerinnen und Leipziger mit sich tragen.

(Wetterbedingt leider ausgefallen)



Donnerstag, 03.06.2010

Chemnitz, Büro MdB Michael Leutert, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Chemnitz

- Interaktiver „Info- und Meinungskubus“ / zentraler Infostand des MdB-Büro Michael Leutert und der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Chemnitz zum Thema „Kommunen in Not“ auf dem Marktplatz
- Flyer-Verteil-Aktionen im Stadtgebiet
- Dezentrale Infostände der Ortsverbände

Bautzen

- Infostand zum Thema „Kommunen in Not“

Kamenz, MdB Dr. Ilja Seifert, MdL Marion Junge, KommunalpolitikerInnen

- Infostand zum Thema „Kommunen in Not“

Görlitz, MdB Dr. Ilja Seifert, KommunalpolitikerInnen

- Aktion „Wir gehen baden“ im Neisse-Bad Görlitz
- Gesprächsrunde mit Kindern und Jugendlichen zum Thema „Eure Stadt“

Leipzig, MdB Dr. Axel Troost

- Diskussionsveranstaltung zum Thema „Kommunen in Not“ zwischen MdB Dr. Axel Troost, Finanzpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Bundestag und Torsten Bonew (CDU) Finanzbürgermeister der Stadt Leipzig, Veranstalter attac Leipzig und April-Netzwerk,

Hoyerswerda, Büro MdB Caren Lay

- Bürgergespräch und Infostand zum Thema „Kommunen in Not“

Mittwoch, 02.06.2010

Mittwoch, Büro MdB Michael Leutert, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Chemnitz

- Interaktiver „Info- und Meinungskubus“ / zentraler Infostand des MdB-Büro Michael Leutert und der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Chemnitz zum Thema „Kommunen in Not“ auf dem Marktplatz
- Flyer-Verteil-Aktionen im Stadtgebiet
- Zezentrale Infostände der Ortsverbände

Hoyerswerda, MdB-Büro Caren Lay

- Bürgergespräch und Infostand zum Thema „Kommunen in Not“





Freitag, 04.06.2010

Chemnitz, Büro MdB Michael Leutert, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Chemnitz

- Interaktiver „Info- und Meinungskubus“ / zentraler Infostand des MdB-Büro Michael Leutert und der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Chemnitz zum Thema „Kommunen in Not“ auf dem Marktplatz
- Flyer-Verteil-Aktionen im Stadtgebiet
- Dezentrale Infostände der Ortsverbände

Radeburg, MdL Marion Junge, KommunalpolitikerInnen

- Infostand zum Thema „Kommunen in Not“

Westsachsen, MdB Dr. Axel Troost

- MdB Dr. Axel Troost besuchte die Lebenshilfe Grimma e.V. in Naunhof
- MdB Dr. Axel Troost: Pressegespräch mit der Bür-

germeisterin der Stadt Trebsen. Die Stadt hatte zuvor einstimmig eine Resolution zur besseren Finanzausstattung der Kommunen im Stadtrat beschlossen.

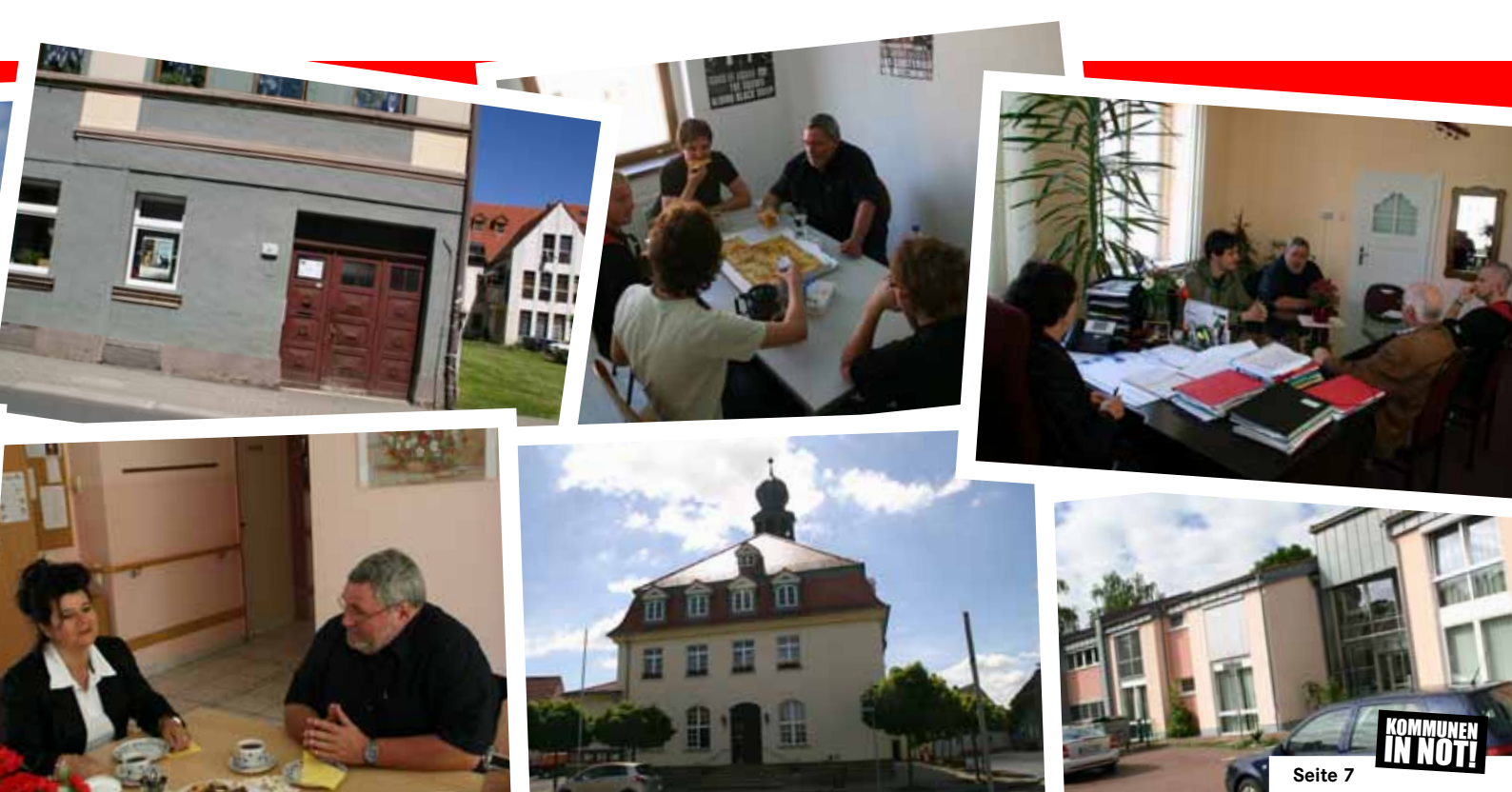
- MdB Dr. Axel Troost traf sich mit Vertretern des Jugendparlaments in Borna

Laußig (Nordsachsen), MdB Dr. Axel Troost

- MdB Dr. Axel Troost in der Bürgerdiskussion zum Thema „Finanznot der Kommunen“ gemeinsam mit Bürgermeister Lothar Schneider und Gemeinderäten der Gemeinde Laußig

Leipzig, MdB Barbara Höll

- Informationsstand im Rahmen der Aktionswoche der Landesgruppe Sachsen „Kommunen in Not!“ im Wohngebiet Leipzig-Paunsdorf.



Samstag, 05.06.2010 - Aktionskonferenz

Aktionskonferenz Kommunen in Not

Die finanzielle Aushöhlung der kommunalen Selbstverwaltung erfordert einen breiten und gemeinsamen öffentlichen Widerstand. Ziel der Veranstaltung war, Ideen für Protestaktionen zu sammeln und ein gemeinsames Vorgehen in Bezug auf Forderungskataloge, Anträge und Pressearbeit zu vereinbaren.

Die Veranstaltung fand im Volkshaus Dresden statt.
Programm:

10:00 - 10:00 Uhr: Eröffnung

■ Dr. Michael Friedrich, Vorsitzender des Kommunalpolitischen Forums Sachsen e.V.

10:10-10:40 Uhr: Impulsreferate

■ Kampf der Reformmodelle - Chancen und Risiken der Gemeindefinanzkommission

MdB Dr. Axel Troost, Finanzpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag

■ Kampf um die kommunale Finanzbasis - Einnahmeeinbruch nach der Mai-Steuerschätzung abfedern

MdL Sebastian Scheel, Sprecher für Haushalt und Finanzen der Fraktion DIE LINKE im sächsischen Landtag

10:40 - 12:30 Uhr: Diskussionsforum: Praktische Folgen der Krise und deren Bewältigung

Maria Ganglow, Bürgermeisterin von Böhlen

Simone Luedtke, Oberbürgermeisterin von Borna

Miko Runkel, Bürgermeister für Recht und Ordnung in Chemnitz

Thomas Weikert, Bürgermeister von Lugau

13:00 - 13:40 Uhr: Widerstand organisieren, aber wie?

■ Mike Nagler, Bürgerinitiative „Stoppt den Ausverkauf unserer Stadt!“ Leipzig

■ Peter Rosenbaum, Bürgerinitiative für den Erhalt öffentlichen Eigentums (BÖE Braunschweig)

13:40 - 14:30 Uhr: Öffentlichkeitsarbeit in Krisenzeiten

■ Reiner Strutz, Agentur TRIALON

■ Rico Schubert, Pressesprecher des Landesverbandes DIE LINKE. Sachsen

14:30 - 15:30 Uhr Abschlusspodium - Widerstand und Öffentlichkeitsarbeit







Kommunen in Not!

Erschienen in Sachsen Linke, Ausgabe Mai 2010

Wie es dem Staat finanziell geht, kann man zuerst in den Städten und Gemeinden sehen. Der Zustand von Kindergärten, Schulen, Bibliotheken, Spielplätzen, Parkanlagen, Straßen oder Schwimmbädern hinterlässt einen bleibenden Eindruck von den Finanzproblemen unserer Kommunen. Doch nicht nur der Zustand der Einrichtungen lässt Zweifel aufkommen, ob die kommunalen Einnahmen ausreichen um die Vielfalt der Aufgaben zu erfüllen. Mit der Schließung von Einrichtungen, der Kürzungen der Öffnungszeiten oder der Streichung von Zuschüssen zur Vereinsarbeit versuchen Kämmerer flächendeckend in Sachsen mit der katastrophalen Lage der öffentlichen Kassen umzugehen.

Die Berechnungen für die nächsten Jahre sprechen eine klare Sprache. Massive Einbrüche in den Zuweisungen des Landes werden die Einnahmen der Kommunen von 5.348 Millionen Euro im letzten Jahr auf 4.420 Millionen Euro im Jahr 2012 schrumpfen lassen. Angesichts dieser Zahlen ist es nicht verwunderlich, dass die Hilferufe der Kommunen lauter werden und der Geschäftsführer des Sächsischen Städte- und Gemeindetags Michael Woitschek angesichts der Steuersenkungsphantasien der CDU/FDP Bundesregierung von „Leichenflederei“ spricht. Viele Ratsmitglieder stellen sich berechtigt die Frage, ob die sich anbahnende finanzielle Notlage der Kommunen auch die Aufgabe der kommunalen Selbstverwaltung darstellt.

Das Problembewusstsein in der Staatsregierung ist allerdings nur gering ausgeprägt. Das von der Fraktion DIE LINKE im Landtag geforderte Kommunalfinanzkonzept zur Kompensation der drastischen Einnahmeverluste der Kommunen infolge der Wirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise wurde ebenso abgelehnt wie die Forderung unserer Fraktion den Hilferuf der Sächsischen

Städte und Gemeinden endlich ernst zu nehmen. „Ein „Hilferuf“ der sächsischen Kommunen ist der Staatsregierung nicht bekannt“ war die launige Stellungnahme auf diesen Antrag.

Der Zynismus solcher Aussagen wird nur noch durch das Verschuldungsdogma überboten. Die Formel, dass sich die Ausgaben den Einnahmen anpassen müssen, hört sich auf den flüchtigen Blick vernünftig an. Es lohnt sich aber ein näheres Hinsehen. Die gemeinsam verfolgte Politik von Bund und Ländern hat die staatlichen Einnahmen seit Ende der neunziger Jahre ausgehöhlt. Als Beispiele seien hier nur die seit 1997 nicht erhobene Vermögenssteuer, die Absenkung der Körperschaftssteuer, die mehrfache Absenkung der Einkommensteuer oder die Abschaffung der Gewerbesteuer genannt. Die Parteien von CDU, SPD über FDP und Grüne haben sich über Jahre hinweg an der Basis der Staatlichkeit an den Einnahmen vergangen, um sich heute mit Unschuldsmiene als Sachwalter kommender Generationen darzustellen.

Diese dem neoliberalen Zeitgeist geschuldete Umverteilung zulasten der öffentlichen Haushalte umzukehren, ist unsere Aufgabe in den Ländern und im Bund. Momentan stehen wir zuerst vor der Herausforderung, die Landkreise, Städte und Kommunen zu stabilisieren. Mit einem Schutzschirm für Kommunen wollen wir erreichen, dass die Kommunen in den nächsten Jahren ihre Handlungsfreiheit erhalten. Die dafür erforderlichen Maßnahmen sind die bedingungslose Auflösung des Vorsorgevermögens, die Aufstockung der allgemeinen Schlüsselzuweisungen und die Ausreichung einer kommunalen Investitionspauschale durch das Land. Für den erfolgreichen Kampf um die kommunale Selbstverwaltung ist der gemeinsame Widerstand mit von Kürzungen Betroffenen notwendig. Kämpfen wir gemeinsam – Genug gekürzt!

Sebastian Scheel – Sprecher für Haushalt und Finanzen



Kommunen in Not - Chemnitz

Erschienen in Sachsen Linke, Ausgabe Mai 2010

Wirtschafts- und Finanzpolitik sind nunmehr auch in Chemnitz – im Vergleich zu anderen Kommunen etwas später – angekommen. In den letzten Jahren konnte stets der Haushaltsausgleich hergestellt werden und das bei einem Schuldenabbau von über 41 Mio. € im Zeitraum 2004–2008 (ohne Veräußerungen kommunalen Eigentums!). Das war aber nur möglich durch die Umsetzung eines Haushalts sicherungskonzeptes, welches im Zeitraum 2006 bis 2009 zu einem realisierten Konsolidierungsbeitrag in Höhe von ca. 70 Mio. € führte. Im laufenden Haushaltjahr ist noch einmal ein ausgeglichener Haushalt zu erwarten. Dies geht allerdings zu Lasten der Auflösung der allgemeinen Rücklage bis auf die gesetzliche Mindestrücklage sowie einer Reduzierung im Personalbestand um etwa 200 Stellen.

Im Finanzplanungszeitraum 2011 bis 2013 sieht die Lage allerdings auch in Chemnitz dramatisch aus. In diesen Jahren ist mit einem durchschnittlichen Haushaltsdefizit in Höhe von 57 Mio. € pro Jahr zu rechnen. Deshalb erging von der Landesdirektion mit der Genehmigung des Haushaltes 2010 die Auflage zur Erarbeitung eines Haushalts sicherungskonzeptes. Die Verwaltung hat dazu nunmehr den ersten Entwurf eines „Entwicklungs- und Konsolidierungskonzeptes 2015“ zur öffentlichen Diskussion vorgelegt. Der Titel verklärt etwas den Inhalt, letztendlich handelt es sich zu großen Teilen um eine Streichliste.

Ein wesentlicher Konsolidierungsbeitrag wird in der Verwaltung selbst durch eine Stellenreduzierung um 600 Stellen bis 2015 erbracht. Dies soll erreicht werden im Zuge der natürlichen Personalfuktuation, hauptsächlich im Rahmen der Altersteilzeit. Problematisch daran ist die Herstellung der Übereinstimmung von Stellen- und Aufgabenentwicklung in den verschiedenen Struktureinheiten der Stadtverwaltung.

Das vorgelegte Konzept sieht auch Maßnahmen vor, die zu einer stärkeren Belastung der Bürger führen werden. Dies sind z.B. die Erhöhung der Grundsteuer B, Pächterhöhung für Kleingärten und Erhöhung der Hundesteuer. Diese Maßnahmen sind im Zusammenhang mit Steigerungen von Gebühren und Entgelte für Strom und Gas, Abwasserentsorgung und Straßenreinigung kritisch zu betrachten.

Das vorgelegte Konsolidierungskonzept beinhaltet auch den bereits mit Veröffentlichung umstrittenen Vorschlag zur Schließung von 6 Grundschulen, davon 4 Schulen in Ortschaften am Rande der Stadt.

In den Bereichen Soziales, Jugend und Familie und Sport sind Einsparungen in Höhe von insgesamt 15,6 Mio. € pro Jahr vorgesehen. Dies betrifft z.B. die Kürzung der Zuwendungen an freie Träger in diesen Bereichen, die Erhöhung der Nutzungsgebühren für kommunale Sportstätten.

Die Auslagerung von Aufgaben bzw. einzelnen Struktureinheiten soll ebenfalls zur Konsolidierung beitragen. Dies betrifft u.a. die Übertragung von Kitas und Sportstätten an freie Träger sowie die Ausgliederung der Bäder in eine GmbH.

Im vorgelegten Konsolidierungskonzept sind zwar die notwendigen Investitionen zur Umsetzung der verschiedenen Maßnahmen im Verwaltungshaushalt enthalten, nicht aber die Investitionen im Vermögenshaushalt. Daran ist die entscheidende Frage geknüpft, in welchem Umfang eine Neuverschuldung für notwendige Investitionen erfolgen wird. Die Aufnahme von Kassenkrediten ist (bisher) nicht vorgesehen.

Die Erreichung der geplanten Konsolidierungseffekte bleibt fraglich. Auch deshalb bleiben Bund und Land in der Pflicht, für eine ausreichende Finanzausstattung der Kommunen zu sorgen.

*Dr. Peter Neubert - Sprecher Haushalts- und Finanzpolitik,
Fraktion Die LINKE im Chemnitzer Stadtrat*



Der Bundeshaushalt 2010: Auswirkungen auf das Land Sachsen und die Kommunen

Der Haushalt des Bundes hat erhebliche Auswirkungen auf die Länder und Kommunen, so etwa durch die Aufteilung von Fördermitteln oder die Steuergesetzgebung. Unabhängig davon, dass radikale Einschnitte infolge der Wirtschafts- und Finanzkrise, aber auch aufgrund der uns von CDU/CSU, FDP und SPD auferlegten Schuldenbremse von Finanzminister Schäuble erst für das Jahr 2011 angekündigt sind, gilt das prinzipiell auch für den Bundeshaushalt des laufenden Jahres.

Der Haushalt steht in der Tradition der Vorgängerhaushalte und zeigt im Umfang seiner Ausgaben keine relevante Reaktion auf die Wirtschafts- und Finanzkrise. Im Gegenteil, sein Gesamtvolumen ist sogar noch einmal kräftig angestiegen. Das Problem liegt bei diesem Haushalt vor allem darin, dass die Einnahmen des Staates eingebrochen sind. Ausgerechnet unter einer liberal-konservativen –Regierung erleben wir die höchste Neuverschuldung in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in Höhe von 80,2 Milliarden – und bei dieser Summe sind die Sondervermögen, wie der Bankrettungsfond, der eigene Kredite aufnehmen kann, noch nicht mal mitgerechnet.

Welche Auswirkungen hat nun der Bundeshaushalt auf Sachsen? Es sind vor allem negative. So trifft die Kürzung der Solarförderung unser Bundesland massiv, da jene stark in Sachsen angesiedelt ist. Damit wirkt sich diese Maßnahme der Bundesregierung ausgerechnet auf einen der wenigen zukunftsfähigen Wirtschaftszweige, welche nach der Wende in Ostdeutschland entstanden sind aus. Einem selbsttragenden Aufschwung wird dies kaum zu gute kommen. Daneben ist unter anderem das Sonderförderungsprogramm „Goldener Plan Ost“, welches den Sportstätten des Breitensportes zugute gekommen ist, gestrichen worden. Sachsen gegen so

über 580 000 Euro verloren. Die zwei Beispiele machen deutlich, dass es nicht allein darum geht, hier oder da Abstriche zu machen. Gerade Sachsen und die anderen ostdeutschen Länder treffen Einschnitte aufgrund des großen Nachholbedürfnisses bei zukunftsfähigen Industrien und Infrastrukturmaßnahmen besonders. Das eigentliche politische Versagen der Bundesregierung besteht aber vor allem darin, die Länder, aber auch die Kommunen mit den Steuermindereinnahmen aufgrund der Wirtschaftskrise allein gelassen zu haben.

Gerade anhand der sächsischen Kommunen lässt sich das verdeutlichen. So führt die ‚planmäßige‘ Absenkung des Bundesanteiles an den Kosten der Unterkunft von 25,3 % auf 23,0 % allein in Chemnitz zu einer Mindereinnahme im kommunalen Haushalt von über 1,4 Millionen Euro. Dabei tragen die Kommunen schon jetzt die Hauptlast der Wirtschafts- und Finanzkrise. Ausgerechnet die einzig relevanten Steuern, an denen die Kommunen beteiligt sind, die Einkommen- und die Gewerbesteuern, haben einen starken Rückgang zu verzeichnen. Anstatt also den Kommunen zu helfen, ihre krisenbedingten Steuereinnahmeausfälle zu kompensieren, werden ihnen sogar noch planmäßig Gelder gekürzt und damit die Haushaltslage zusätzlich verschärft. Warum ausgerechnet finanzstarke Bundesländer einen höheren Bundesanteil bekommen, wie Rheinland-Pfalz mit 33 % oder Baden-Württemberg mit 27 % bleibt wohl ein ewiges Geheimnis der Bundesregierung. Politisch lässt es sich jedenfalls nicht rechtfertigen.

Das es auch anders gehen kann, zeigen die Haushaltsanträge der LINKEN im Bundestag. Allein mit der Schaffung einer neuen ‚Gemeindefortschrittsteuer‘, wie von der Bundestagsfraktion gefordert, könnte die Grundfinanzierung der Kommunen auf eine breitere Grundlage gestellt werden, verbunden mit einer bundeweiten Mehreinnahme für die Gemeinden in Höhe von bis zu 14 Mrd. Euro.

Michael Leutert, MdB, Mitglied des Haushaltsausschusses



Gegen den Finanzkollaps der Kommunen! - Kommunalfinanzierung auf eine neue Grundlage stellen

Heizanlagen in Schwimmbädern werden um einige Grade herunter gedreht, Kapazitäten in Kindertagesstätten gestrichen, Stadtteilbibliotheken geschlossen. Die Finanzlage vieler Kommunen, Landkreise und Städte ist alarmierend. Ein wesentlicher Grund hierfür liegt in einem sich verschärfenden Rückgang der steuerlichen Einnahmen. Nach Zahlen der jüngsten Steuerschätzung verzeichneten die Kommunen im Jahr 2009 gegenüber dem Vorjahr Steuerausfälle von 10 %, für 2010 sind mit über 13,5 % die relativ höchsten Einnahmeausfälle zu erwarten. Das entspricht Mindereinnahmen von 7,7 Mrd. Euro, sukzessive 10,5 Mrd. Euro innerhalb 2010.

»Kürzungen und erhöhte Gebühren«

Die schwierige Finanzsituation vieler Städte und Gemeinden gibt Anlass zu großer Sorge. Denn ein erheblicher Teil der öffentlichen Aufgaben – von Kinderbetreuung bis hin zur Verkehrsinfrastruktur – werden von Städten, Gemeinden und Landkreisen erbracht und getragen. Kürzungen und erhöhte Gebühren, die gegenwärtig von einigen Kommunen angekündigt werden, gehen zu Lasten der Schwächsten und Armen, die auf öffentliche Dienstleistungen angewiesen sind. Erschwerend auf die kommunalen Haushalte wirkt zudem der Rückgang der Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft für ALG-Empfängerinnen und ALG-Empfänger.

Die Ursachen der kommunalen Finanznotlage bringen ein strukturelles Problem zum Ausdruck: Den Löwenanteil von vielerorts fast der Hälfte an kommunalen Einnahmen erbringt die Gewerbesteuer, die allerdings nur in Zeiten der Konjunktur greift. Dadurch dass die Gewerbesteuer extrem von der Ertragslage der Gewerbebetriebe abhängt, d.h. sich auf Gewinne von Unternehmen stützt, fallen die Einnahmen in der Krise gering

aus. Als folgenschwerer Fehler offenbaren sich zudem die von Bund und Ländern vorgenommenen Änderungen des Steuerrechts, wodurch die Steuereinnahmekapazitäten der Kommunen massiv beschnitten wurden. Exemplarisch hierfür steht die Abschaffung der Gewerbesteuer, die bis 1998 als Bestandssteuer konjunkturunabhängig Einnahmen erbrachte. Des Weiteren ist die Bemessungsgrundlage der Gewerbesteuer heruntersetzt worden.

»von der konjunkturabhängigen Gewerbesteuer hin zu einer Gemeindegewerbesteuer«

Die Finanznotlage der Kommunen lässt sich auf lange Sicht nur durch eine grundlegende Neugestaltung der kommunalen Einnahmequellen lösen. Die LINKE fordert als Sofortmaßnahme, die Gewerbesteuerumlage von den Gemeinden an den Bund abzuschaffen, damit die Gemeinden von ihren wenigen Einnahmen nicht auch noch Teile an den Bund abtreten müssen. Des Weiteren gilt es, von der konjunkturabhängigen Gewerbesteuer hin zu einer Gemeindegewerbesteuer zu gelangen. Dies schließt die Einbeziehung von Selbständigen wie Ärzten und Anwälten bei hinreichend hohen Freibeträgen für prekär Selbständige mit ein.

Die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen darf nicht weiter ausgehöhlt werden. DIE LINKE macht sich deshalb auf den verschiedenen Ebenen von Bund, Ländern und Kommunen für eine solide Finanzausstattung der Kommunen stark. Auch künftig wird es darauf ankommen, abgestimmt und gemeinsam zu handeln, um Synergien zu schaffen und Kräfte zu bündeln. In diesem Sinne verbleibe ich und möchte zugleich die Gelegenheit nutzen, KommunalpolitikerInnen und Interessierte auf die Konferenz zur Zukunft der Kommunal Finanzen am 27. März diesen Jahres hinweisen.

*Dr. Axel Troost, Finanzpolitischer Sprecher
der Fraktion DIE LINKE im Bundestag*

Lösung jetzt, oder es droht der große Crash

Interview der Woche, linksfraktion.de
24.05.2010 – Axel Troost, Katrin Kunert

Axel Troost und Katrin Kunert, der finanzpolitische Sprecher und die kommunalpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, zeichnen Wege aus der Finanzkrise der Kommunen auf

In diesem Jahr droht den Kommunen in Deutschland ein Rekorddefizit von rund 15 Milliarden Euro. Worin liegen die Ursachen, und was ist momentan das größte Problem der Kommunen?

Katrin Kunert: Kommunen haben ein Einnahme- und ein Ausgabeproblem. Die Verantwortung für dieses Rekorddefizit tragen in erster Linie Bund und Länder. Seit Jahren übertragen sie den Kommunen immer mehr Aufgaben, ohne dass sie eine angemessene Finanzausstattung für die Erfüllung dieser Aufgaben gewährleisten – ein Missstand, der durch die Wirtschafts- und Finanzkrise ein bedrohliches Ausmaß annimmt. Die Folge ist, dass freiwillige Leistungen wie beispielsweise bei Bus und Bahn, in Kinder- und Jugendeinrichtungen immer mehr gestrichen und nur noch per Gesetz vorgeschriebene Aufgaben erfüllt werden – und die in immer minderer Qualität. Also alles, was kommunale Selbstverwaltung und die Lebensqualität in den Städten und Gemeinden ausmacht, wird den Bürgerinnen und Bürgern verwehrt.

Axel Troost: Die Kommunen befinden sich in der schwersten Finanzkrise seit Gründung der Bundesrepublik. Eine Hauptursache für diese prekäre Lage ist eine Steuersenkungspolitik seit nunmehr gut zehn Jahren. Sie hat begonnen unter SPD und Grünen, wurde von Union und SPD und jetzt von Union und FDP fortgesetzt. Eine gigantische Umverteilung von unten nach oben und Milliarden an Einnahmeverlusten für die öffentliche Hand sind die Folge. Trotz dieser Misere wälzen Bund und Länder weiter Aufgaben und Lasten auf die Kommunen ab. Die Steuergeschenke der schwarz-gelben Regierung werden zu einem erheblichen Teil die Kommunen aufbringen müssen, denen schon jetzt die Luft zum Atmen fehlt.

In vielen Kommunen sind Arbeitsplätze, Kindertagesstätten, Schwimmbäder und Museen gefährdet. Stehen die Kommunen vor dem Kollaps?

Katrin Kunert: Die Krise ist längst in allen Kommunen angekommen. Auch wenn nicht alle Kommunen gleichermaßen davon betroffen sind, gibt es sehr viele Kommunen, die vor dem Kollaps stehen. Es sind vor allem arme Kommunen. Diese Kommunen sind seit Jahren hoch verschuldet, und sie haben die höchsten Sozialausgaben. Sie sind nicht mehr in der Lage, allein aus dieser Situation herauszukommen. Allein in Nordrhein-Westfalen betrifft das ein Drittel aller Kommunen. Daher setzt sich DIE LINKE auch für die Einrichtung eines Entschuldungsfonds für diese Kommunen ein.

Inwiefern bedrohen die klammen Finanzen der Kommunen die Demokratie?

Axel Troost: Die gravierende Finanzsituation der Kommunen gefährdet die soziale Teilhabe vieler Bürgerinnen und Bürger am Gemeinwesen. Wenn angesichts fehlender Mittel beispielsweise in Kindertagesstätten die Gebühren erhöht oder Jugendeinrichtungen geschlossen werden, geht das zu Lasten der Zukunftsperspektiven von sozial Schwächeren, die auf öffentliche Dienstleistungen angewiesen sind. Für viele Menschen verringern sich hierdurch die Möglichkeiten, am kulturellen, politischen und gesellschaftlichen Leben gleichberechtigt und aktiv teilzunehmen.

DIE LINKE fordert in einem Antrag „die Verstetigung der Kommunalfinanzen“ und will „die Gewerbesteuer zur Gemeindefinanzsteuer weiterentwickeln“. Was genau beinhaltet dieser Gesetzentwurf, und was bezwecken Sie damit?

Axel Troost: Die Gewerbesteuer ist die wichtigste Einnahmequelle der Kommunen und erbringt vielerorts 40 Prozent der kommunalen Steuereinnahmen. Mit unserem Konzept einer Gemeindefinanzsteuer verfolgen wir das Ziel, die Einnahmen aus der Gewerbesteuer nicht nur zu erhöhen, sondern auch verlässlicher zu gestalten. Hierzu ist die Bemessungsgrundlage auszuweiten sowie alle Schuldzinsen und Finanzierungsanteile von Mieten, Pachten und Leasingraten voll mit einzubeziehen. Des Weiteren sollen auch freiberuflich Tätige sowie freie Berufe – bei hinreichenden

Freigrenzen - die Gewerbesteuer zahlen. Denn warum sollten etwa Ärzte oder Rechtsanwälte von der Gewerbesteuer ausgenommen sein, obwohl sie die Infrastruktur der Kommunen nutzen und hiervon profitieren?

Wie positionieren sich die anderen Fraktionen im Bundestag zu Ihren Forderungen?

Katrin Kunert: Die Regierungsfractionen lehnen unseren Vorschlag ab. Die FDP ist für die Abschaffung der Gewerbesteuer. Sie soll durch einen höheren Anteil an der Umsatzsteuer und einen kommunalen Zuschlag auf die Einkommens- und Körperschaftsteuer mit eigenem Hebesatzrecht ersetzt werden. Die CDU/CSU-Fraktion lehnt zwar die Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zu einer Gemeindefinanzierungssteuer ab, setzt sich aber nicht offensiv für die Abschaffung der Gewerbesteuer ein. Immerhin hatte Frau Merkel den über 1000 Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern auf der Hauptversammlung des Deutschen Städtetages im Jahr 2009 versprochen, nicht an der Gewerbesteuer zu rütteln. Bündnis 90/Die Grünen und SPD teilen im Großen und Ganzen unsere Auffassung, sind allerdings gegen die Abschaffung der Gewerbesteuerumlage.

Welche weiteren Maßnahmen sollte die Bundesregierung ergreifen, um den Kommunen zu helfen?

Axel Troost: Die Kommunen müssen unbedingt bei den Sozialausgaben entlastet werden. Der Bund muss sich an der Finanzierung der Kosten der Unterkunft, der Grundversicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sowie der Eingliederungshilfen für Menschen mit Behinderungen und der Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Kita-Platz für Kinder unter drei Jahren mit einem weitaus höheren Anteil beteiligen. Bei Ausgabesteigerungen der Kommunen muss natürlich auch der Bundesanteil entsprechend erhöht werden. Weitere Maßnahmen wären die Rücknahme der Unternehmenssteuersenkungen, die zu Mindereinnahmen der Kommunen geführt haben, und der Verzicht auf weitere Steuersenkungen.

Wie können die Kommunen wirksam auf die Bundesregierung einwirken?

Katrin Kunert: Kommunen brauchen ein verbindliches und einklagbares Mitwirkungsrecht im Gesetzgebungspro-

zess des Bundes. Auf diese Weise können sie direkt auf die Bundesregierung einwirken. Nur so kann auch verhindert werden, dass Entscheidungen des Bundes weiter zu finanziellen Lasten der Kommunen gefällt werden. Diese Mitwirkung muss an ein transparentes und für alle – auch für Bürgerinnen und Bürger – nachvollziehbares Verfahren gekoppelt sein. Die Öffentlichkeit muss erfahren, wer, wann, warum welche Entscheidung getroffen hat. Die bisher fehlende Transparenz schützt die wahren Verursacher der Finanzkrise der Kommunen.

Wie kann die Fraktion DIE LINKE den Protest von vielen Bürgerinitiativen gegen die Kürzungspläne in den Kommunen unterstützen?

Axel Troost: Die Bundestagsfraktion DIE LINKE tut dies bereits in vielfältiger Weise. Wir sind im direkten Austausch mit kommunalen Mandatsträgerinnen, Mandatsträgern und Bürgermeistern sowie mit Verbänden, Organisationen und Initiativen. Erst vor kurzem haben wir unter dem Titel »Zukunft der kommunalen Selbstverwaltung – Ohne Moos nix los!« eine bundesweite Kommunalkonferenz mit mehr als 150 Teilnehmerinnen und Teilnehmern durchgeführt. Darüber hinaus haben wir eine Plattform gebildet, um den umfassenden Informationsaustausch und die Vernetzung der Akteure auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene zu praktizieren. Nur wenn wir gemeinsam agieren, können wir den Druck auf die Bundesregierung erhöhen und die Spielräume für eine nachhaltige Finanzausstattung der Kommunen entscheidend erweitern.

Katrin Kunert: Leider halten sich die Proteste der Bürgerinnen und Bürger in den Kommunen noch in Grenzen. Ich wünschte mir, dass es in allen Kommunen Proteste gibt, die sich gegen die kommunalfeindliche Politik von Bund und Ländern richten. Und ich wünschte mir eine Solidarität der Kommunen untereinander – egal ob reich oder arm – im Kampf für eine bessere Finanzausstattung der Kommunen. Was wir brauchen, sind breite Bündnisse. Der Druck auf die Bundesregierung muss erhöht werden. Entweder werden in diesem Jahr Entscheidungen zur Lösung der Kommunalfinanzkrise getroffen, oder es kommt spätestens in zwei oder drei Jahren zum großen Crash.

Interview: Ruben Lehnert



Finanznot der Kommunen in mehrfacher Hinsicht. Zum Beispiel Löbau.

Die finanzielle Situation der meisten sächsischen Kommunen ist nicht nur durch Jahr für Jahr sinkende Einnahmen bei wachsendem Ausgabenbedarf gekennzeichnet, wofür beides Bund und Freistaat die Hauptverantwortung tragen, sondern auch durch viel zu späte verbindliche Informationen über die erforderlichen finanziellen Zuweisungen aus dem Landeshaushalt. So ist beispielsweise für unsere Stadt der Festsetzungsbescheid der Landesdirektion Dresden über die Finanzausgleichsmittel und die Lernmittelergänzungs-pauschale auf den 1. März 2010 datiert.

Jahr für Jahr werden die Kommunen dadurch veranlasst, mit dem Termin der Entscheidung über den Haushaltsplan gegen die gesetzlichen Bestimmungen zu verstoßen. So hat auch der Löbauer Stadtrat erst im April statt – wie in der Sächsischen Gemeindeordnung gefordert – im November des Vorjahres die Haushaltsatzung 2010 beschlossen. Diese Verspätung mit den Nachteilen der vorläufigen Haushaltsführung gab es auch in der Vergangenheit.

Auch in Löbau zeigte sich, wenn durch das Bemühen der jeweiligen Finanzverwaltung dem Stadtrat ein Haushaltsentwurf auf der Grundlage der „vorläufigen Orientierungsdaten“ des Staatsministeriums des Innern beizeiten vorgelegt wurde, dann erwies er sich in der Regel bereits nach kurzer Zeit als Makulatur, weil es neue Informationen über Mittelzuweisungen gab – mit den Folgen für die Einnahme- und Ausgabenplanung.

Die Berichte örtlicher und überörtlicher Rechnungsprüfung enthalten zwar immer wieder den Verweis auf den Verstoß gegen die geforderte Rechtzeitigkeit bei der Entscheidung über den Haushalt, aber der kritische Ton ist inzwischen der kommentarlosen Feststellung gewichen. Man hat sich wohl mit dieser üblen Tradition ab-

gefunden. Wer seinen Haushalt der Gemeindeordnung folgend pünktlich beschließt, ist schon kurze Zeit später mit der Notwendigkeit mit hohem Arbeitsaufwand verbundener Nachtragsatzungen konfrontiert.

Der Löbauer Haushalt hat für das Jahr 2010 ein Volumen der Einnahmen und Ausgaben von 41,9 Millionen €: Ausgeglichen werden konnte er nur durch eine Kreditaufnahme in Höhe von fast 2,5 Millionen €. Die Pro-Kopf-Verschuldung steigt dadurch und liegt 2013 mit 1.335,70 € je Einwohner deutlich über den Richtwert von 850 €. Trotzdem hat auch die Fraktion der LINKEN diese Kreditaufnahme im Interesse wichtiger Investitionsmaßnahmen akzeptiert. Das Dilemma wird auch dadurch deutlich, dass der Ausgleich des Verwaltungshaushalts nur durch eine Zuführung aus dem Vermögenshaushalt erreicht werden konnte. Im Vorbericht zum Haushaltsplan muss der Oberbürgermeister einräumen, dass die notwendigen Instandsetzungsmittel in allen Bereichen nicht bereitgestellt werden. Betroffen sind Straßenunterhaltung, Unterhaltung von Schulen, Kindertagesstätten und nachgeordnete städtische Einrichtungen.

Zwar sollte es in den kommunalen Vertretungen keine „Parlamentsspielerei“ mit der Selbstverständlichkeit der Ablehnung des Haushalts durch die Opposition geben, aber erkennbar und in ihrem Auftreten und Entscheidungsverhalten berechenbar als Mandatsträger der LINKEN müssen wir auch auf dieser Ebene sein. Deshalb hat die Fraktion dem Entwurf mit deutlich kritischen Worten zur finanziellen Knebelung der Kommunen nur deshalb zugestimmt, weil im Rahmen der Haushaltsdebatte gestellte Forderungen berücksichtigt worden waren und trotz Finanzknappheit im Hinblick auf die Landesgartenschau im Jahre 2012 relativ umfangreiche Investitionen Aufnahme gefunden hatten.

*Dr. Gerold Polentz ist Mitglied des Löbauer Stadtrates und
haushaltspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE.*



Pressemitteilung DIE LINKE Görlitz 16.12.2009 10:30 Uhr

Wir gehen baden – Aktion mit Kindern im Rahmen der Woche „Kommunen in Not!“

Im Rahmen der Aktionswoche „Kommunen in Not!“ der Sächsischen Landesgruppe der LINKEN im Bundestag fand am Donnerstag, den 3. Juni 2010, eine ganz besondere Veranstaltung statt. Unter dem Motto: „Wir gehen baden“ lud Dr. Ilja Seifert, MdB, Kinder aus bedürftigen Familien zum Schwimmen und einem Imbiss ins Görlitzer Neissebad ein. Während die Kinder begeistert im Wasser tobten, sprach Ilja Seifert mit den Betreuern des Stadtjugendrings über deren Situation und die Auswirkungen leerer Stadtkassen auf ihre Arbeit. So wurde berichtet, dass der Stadtjugending schon seit Anfang des Jahres keine Mittel mehr hat, obwohl ein Beschluss des Stadtrates zur Bewilligung der Gelder für die Mitarbeiter des Vereins vorliegt. Die Leiterin muss seit Januar nicht nur vollständig auf Lohn verzichten, sie bezahlt die Betreuung der Kinder teilweise aus ei-

■ Pressemitteilung DIE LINKE. Görlitz



„Kommunen in Not“

Aktionswoche der sächsischen Landesgruppe der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag

Mit der Überschrift „Kommunen in Not“ hat die sächsische Landesgruppe der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag sachsenweit in der letzten Woche auf die Missstände von sächsischen Kommunen und den damit verbundenen Verfall der freiwilligen Aufgaben aufmerksam gemacht. Der für den Landkreis Nordsachsen zuständige MdB Dr. Axel Troost ist in der Aktionswoche mit Vertretern von Gemeinden, des Landkreises und Vereinen aus Nordsachsen ins Gespräch gekommen.

Funktioniert der finanzielle Ausgleich für durchzuführende Aufgaben an die Kommunen? Wie sehen die Zukunftsperspektiven des Landkreises aus? Wie wirkt sich demographischer Wandel im ländlichen Gebiet aus? Diese und viele andere Fragen konnten in einem Gespräch mit Herrn Emanuel (Kämmerer des Landkreises Nordsachsen) besprochen werden.

Beim Besuch des Vorstandes des DRK Torgau-Oschatz ist deutlich geworden das auch hier die Veränderungen der finanziellen Situation des Landkreises mit seinen Gemeinden nicht vorüber geht.

In einem Bürgerforum in Lausig, im Gespräch mit

■ Pressemitteilung Nordsachsen

gener Tasche.

Auch die Folgen der Hartz IV Gesetzgebung wurden besonders deutlich: „in vielen Familien reicht das Geld zur gesunden Ernährung der Kinder nicht aus, sie sind hungrig“ so ein Mitarbeiter des Stadtjugendrings.

Die Folgen einer jahrelang verfehlten Politik sind leere Kassen in den Kommunen, Ländern und im Bund. Die Konsequenzen daraus treffen diejenigen am härtesten, für die es keine Lobby gibt, und die, die sich für sie einsetzen. Für sie ist kein Geld da, muss um jeden Centbetrag gekämpft werden, obwohl Deutschland immer noch eines der reichsten Länder der Welt ist. Rettungspakete in obszöner Höhe für Banken werden ohne Prüfung im Schnellverfahren durchgewinkt, ohne das die Akteure des Geldmarktes befürchten müssen, in die Verantwortung genommen zu werden. Ein Umdenken in der Politik ist zwingend notwendig, damit diejenigen, die die Regierenden so gerne als „unsere Zukunft“ bezeichnen, auch eine Zukunft haben.

Für weitere Informationen stehe ich ihnen gern zur Verfügung

dem Bürgermeister Schneider und Gemeinderäten konnten viele Fragen, auch von Bürgerinnen und Bürgern beantwortet und die Sichtweise des wirtschaftspolitischen Sprechers der Bundestagsfraktion dargestellt werden.

An allen Gesprächen und Foren nahmen MdL Thomas Kind und Kreistagsfraktionsvorsitzender Dr. Michael Friedrich teil. Somit konnte der Bogen zwischen der Kommunal-, Landes- und Bundespolitik geschlagen werden.

Wichtig ist allen eine, wie in der Verfassung von Sachsen enthaltene, Sicherstellung der finanziellen Ausstattung der Gemeinden, Städte und der Landkreise. Hierbei gehe es nicht um Sahnehäubchen oder goldene Türklinen. Es geht um die Erfüllung von Aufgaben die im sozialen und solidarischen Land und Staat gegenwärtig sein sollte. Bildung, Jugend, öffentliche Daseinsfürsorge und für alle Menschen verträgliche Abgaben und Steuern sind nur einige Themen bei denen die LINKE und deren parlamentarische VertreterInnen Vorschläge unterbreiten und diese auch realisierbar sind.

Zur Aktionskonferenz am Sonnabend in Dresden werden alle gesammelten Fakten, Daten und Eindrücke ausgewertet und für ein zukünftiges Programm für ein attraktives Leben in sächsischen Kommunen zusammen gestellt, um Kommunen in Not wieder handlungsfähig zu machen.

DIE LINKE in Bautzen 10, Sachsen, Baustraße 10, SA 09127 Leipzig

DIE LINKE Landesverband Sachsen
Stadt- und Kreisverbände

DIE LINKE in Bautzen
Koordinations- und Kontaktbüro
des Landesverbandes Sachsen

Koordinatorin der Landesgruppe
Silke Forberg

Box Art
Hilke *Kathrin* *Tina*
Bismarckstraße 30/31
05227 Leipzig

Telefax: +49 341 3081 309
Mobil: +49 172 68 26 627
Fax: +49 341 3081 300

E-Mail: marktoebgen@die.linke.de
www.die.linke.de/gruppensachsen

Landesgruppe startet Aktionswoche für eine solide Finanzsicherung der Kommunen ab 31. Mai und ruft zum Mitmachen auf

Die Finanzen vieler Städte, Gemeinden und Landkreise ist alarmierend. Viele Kommunen befinden sich am Rande des Bankrotts. Das Fundament des Staates gerät ins Wanken, wenn sich an der Finanzausstattung der Kommunen nicht grundlegend etwas ändert. Für 2010 befürchten die Kommunen ein Rekorddefizit von 12 Milliarden Euro. Auch in den Jahren 2011 bis 2013 werden zweistellige Milliardendefizite erwartet. Die von zahlreichen Protesten begleiteten Kürzungen im Jugend- und Sozialbereich in Sachsen, sind erst der Anfang der Auswirkungen einer umfassenden Krise der Kommunalfinanzien.

Vor diesem Hintergrund verständlich sind die sächsischen Bundestagsabgeordneten der Fraktion DIE LINKE im Bundestag zum Jahresbeginn und erklären die Notlage der Kommunen zu einem ihrer Schwerpunkte für 2010.

Wiehard Lautert, 30.09. November Landesgruppe Sachsen, DIE LINKE in Bautzen, Platz der Republik 1, 09101 Bautzen
Telefax: +49 34 227 1 296 Fax: +49 34 227 36 527 E-Mail: marktoebgen@die.linke.de
Telefax: +49 34 227 1 296 Fax: +49 34 227 36 527 E-Mail: marktoebgen@die.linke.de

Rundschreiben der Landesgruppe an alle Stadt- und Kreisverbände unserer Partei in Sachsen

Sachsens Linkel 6/2010

Prinzip Flickenteppich

Katja Kipping und Sabine Zimmermann zum JobCenter-Kompromiss von CDU und SPD

Als das Bundesverfassungsgericht die Konstruktion der ARGE, also die Zusammenarbeit von Bundesagentur und Kommune bei der Betreuung von Erwerbslosen, als verfassungsgewidrig erließ, als es dem Bundestag drei Jahre gab um eine Lösung zu finden, Zeit, eine neue Lösung zu erarbeiten, diese Zeit hätten die Mehrheitsparteien nutzen können, um die Aufgaben auf ein bundesweit einheitliches System zu übertragen. Doch leider wurden fast 2,5 Jahre damit verstreichen, und nun herrscht Zersplittertheit, immerhin muss bei Ende 2010 eine verfassungskonforme Lösung gefunden werden. Die formale Lösung unterscheidet sich von der inhaltlichen. Das ist ein Kritikpunkt am Prinzip Flickenteppich.

Gegen die Ausweitung der Öffentlichen Arbeitsvermittlung (OAV) und die Übernahme von Arbeitslosen durch die Bundesagentur (BA) und die CDU/CSU, FDP und SPD gemeinsam eingetragbar sind, sind die Parteien der Opposition, die CDU/CSU, FDP und SPD, nicht zufrieden. Die CDU/CSU, FDP und SPD sind der Meinung, dass die Aufnahme von Arbeitslosen in die Bundesagentur ein Verstoß gegen die Grundgesetze der Länder ist. Die CDU/CSU, FDP und SPD sind der Meinung, dass die Aufnahme von Arbeitslosen in die Bundesagentur ein Verstoß gegen die Grundgesetze der Länder ist.

Kommunen in Not

Zum Beispiel Löbau

Die finanzielle Situation der meisten sächsischen Kommunen ist nicht nur durch Jahr für Jahr sinkende Einnahmen, sondern durch den zunehmenden Ausgabedruck gekennzeichnet, wobei für jedes Bundes- und Freistaat die Hauptverantwortung tragen, sondern auch durch die zu hohe Verschuldung. Die Kommunen sind in den vergangenen Jahren in den meisten Fällen um weitere Schulden gezwungen worden. In den vergangenen Jahren sind die Kommunen in den meisten Fällen um weitere Schulden gezwungen worden. In den vergangenen Jahren sind die Kommunen in den meisten Fällen um weitere Schulden gezwungen worden.

Europa leben heißt auch gemeinsam Gedenken

In der Europastadt Göttingen wird Europa täglich gelebt, aber auch mit seinen Herausforderungen. Die große Stärke der Europastadt liegt in der Zusammenarbeit der verschiedenen Partner. Die großen Städte sind einander verbunden. Die großen Städte sind einander verbunden. Die großen Städte sind einander verbunden.

Kommunen in Not

Aktionswoche
31. Mai 2010 bis 4. Juni 2010

Kommunen in Not!

Seite 18

Bereits am 1. Mai 2010 startete der sächsische Landesverband unserer Partei die Kampagne „Kommunen in Not! - genug gekürzt“. Der Landesvorsitzende der LINKEN, Rico Gebhardt kündigte für die nächsten Wochen und Monate zahlreiche Informationsaktionen in Sachsen an. Für die Kampagne stellt der Landesverband ein Plakat und einen Informationsflyer allen Kreis- und Stadtverbänden zur Verfügung.

Die Landesgruppe Sachsen beteiligt sich ab 31.5.2010 mit einer Aktionswoche am Kampagnenthema und informiert über die Positionen der Bundestagsfraktion mit einem eigenen Flyer der Landesgruppe zur Finanzierung der Kommunen. Neben einem thematischen Pressefrühstück der Landesgruppe und dem Finanzexperten der Landtagsfraktion Sebastian Scheef, ist ein Gespräch mit dem Sächsischen Städte- und Gemeindegag geplant. Die Bundestagsabgeordneten werden im Verlauf der Aktionswoche in ihren Wahlkreisen verstärkt mit Vereinen, Verbänden und Institutionen zusammentreffen, die besonders unter der kommunalen Unterfinanzierung leiden.

Für den 1. Juni 2010 ruft die Landesgruppe dazu auf, gemeinsam auf die Straßen und Plätze Sachsens zu gehen und der kommunalen Notlage unserer Kommunen ein Gesicht zu geben.

Mit aktionsorientierten und kreativen Initiativen wollen wir vor Ort in die Öffentlichkeit gehen. Gute Aktionsbeispiele finden sich in Chemnitz, wo das MdB-Büro Michael Leutert gemeinsam mit den örtlichen Parteistrukturen eine übergroße „Streichliste“ der Öffentlichkeit präsentiert. Auch in Dresden finden sich kreative Ideen, hier wird das MdB-Büro Katja Kipping eine „Straßen-Botiller-Aktion“ für die armen Kommunen gemeinsam mit Straßenmusikern starten. In Görlitz plant das MdB-Büro von Dr. Ilja Seifert eine Aktion unter dem Motto „Wir gehen Baden“ für Kinder aus sozial schwachen Familien. Das Leipziger MdB-Büro von Dr. Barbara Höll bereitet gemeinsam mit dem Leipziger Landtagsabgeordneten sowie unseren Bürgermeisterinnen und Kommunalpolitikerinnen ein kommunales Protest-Event vor, auf dem zahlreiche Vereine und Verbände ihre Sorgen und Nöte, die sich aus der Notlage der Kommune ergeben präsentieren. Darüber hinaus planen auch die anderen MdB-Büros Aktionen an denen sich eine Beteiligung lohnt.

Je mehr Abgeordnete, Kommunalpolitikerinnen und Genosseninnen sich beteiligen bzw. eigene kreative Aktionen und Initiativen durchführen, je erfolgreicher können wir unsere Positionen in die Öffentlichkeit bringen.

Schluss mit der Verwaltung des Mangels! Für eine solide Finanzausstattung der Kommunen um soziale und demokratische Teilhabe wirksam einzusetzen!

Im Auftrag der Landesgruppe Sachsen, DIE LINKE im Bundestag
geb. Marko Forberg
Koordinator der Landesgruppe

Sachsens

Wie es dem Staat finanziell geht, kann man daran sehen, wie sich die Schuldenstand von Kindergarten, Schulen, Bibliotheken, Sportplätzen, Parks, Freibädern, Straßen und sonstigen öffentlichen Einrichtungen in den vergangenen Jahren verändert haben. Die Finanzierung der öffentlichen Einrichtungen ist in den vergangenen Jahren stetig gesunken. Die Kommunen sind in den vergangenen Jahren in den meisten Fällen um weitere Schulden gezwungen worden. In den vergangenen Jahren sind die Kommunen in den meisten Fällen um weitere Schulden gezwungen worden.

Der Bundeshaushalt Nordsachsen am Rande der Handlungsunfähigkeit

Alle Rücklagen und Reserven sind aufgebraucht. Unter den 10 sächsischen Landkreisen hat Nordsachsen den höchsten Anteil an Schulden. Der Landkreis hat den höchsten Anteil an Schulden. Der Landkreis hat den höchsten Anteil an Schulden. Der Landkreis hat den höchsten Anteil an Schulden.



Kommunen in Not!

Der Bundeshaushalt 2010 - Auswirkungen auf das Land Sachsen und die Kommunen. Der Bundeshaushalt des Bundes hat erhebliche Auswirkungen auf die Länder und Kommunen. Der Bundeshaushalt des Bundes hat erhebliche Auswirkungen auf die Länder und Kommunen. Der Bundeshaushalt des Bundes hat erhebliche Auswirkungen auf die Länder und Kommunen.



Pressemitteilung DIE LINKE. Sachsen

Die Landesgruppe Sachsen der LINKEN im Bundestag startet eine Aktionswoche, die sich mit der finanziellen Notlage der Kommunen befasst. Vom 31. Mai bis zum 4. Juni werden in sächsischen Städten und Kreisen zahlreiche Veranstaltungen durchgeführt.

„Die Finanzlage vieler Städte, Gemeinden und Landkreise in Sachsen ist dramatisch“, so Michael Leutert, Sprecher der Landesgruppe. Nach Angaben des Sächsischen Städte- und Gemeindetages (SSG), müssen die sächsischen Kommunen zusätzlich zu den um 111 Millionen Euro sinkenden kommunalen Steuereinnahmen, mit 515 Millionen Euro Mindereinnahmen der Finanzausgleichsmittel des Freistaates Sachsen auskommen. Für die kommenden Jahre er-

wartet der SSG eine massive Einschränkung der kommunalen Leistungen.

Den Auftakt der Aktionswoche bildet ein Pressefrühstück am 31. Mai, um 10 Uhr im Sächsischen Landtag, an dem Michael Leutert sowie die stellvertretende Parteivorsitzende, MdB Katja Kipping, und der stellvertretende Landesvorsitzende der sächsischen LINKEN, MdL Sebastian Scheel teilnehmen werden.

Zentraler Aktionstag ist der 1. Juni, an dem unter anderem Veranstaltungen in Leipzig, Dresden, Görlitz, Zwickau, Hoyerswerda, Torgau und Chemnitz stattfinden. Weitere Aktionen werden bis zum 4. Juni durchgeführt.

Detaillierte Informationen dazu gibt es auf <http://www.linke-landesgruppe-sachsen.de>

■ **Pressemitteilung DIE LINKE Landesverband Sachsen**



Kommunen in Not!

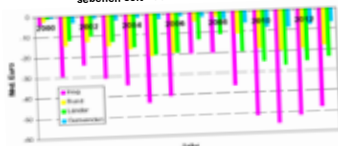
Schluss mit der Verwaltung des Mangels! Für eine solide Finanzausstattung der Kommunen um soziale und demokratische Teilhabe wirksam umzusetzen!

Finanznot der Kommunen ist nicht hausgemacht!

Bund und Länder tragen Hauptverantwortung für sinkende Einnahmen und steigende Ausgaben!

Die Finanzlage vieler Städte, Gemeinden und Landkreise ist alarmierend. Viele Kommunen befinden sich am Rande des Bankrotts. Das Fundament des Staates gerät ins Wanken, wenn sich an der Finanzausstattung der Kommunen nicht grundlegende etwas ändert.

Die steuerreformbedingten Ausfälle aufgrund von Steuererhöhungen auf den verschiedenen Gebietskörperschaftsebenen seit 1998 von 2000-2013.



Quelle: Kai Ecker-Wolf und Achim Truger, Entwicklung und Perspektiven der Kommunalfinanzen in Hessen. Studie im Auftrag von ver.di Hessen, Frankfurt Februar 2010.

2009 hatten Bund, Länder und Kommunen erhebliche Steuerverluste. Den stärksten Einbruch ihrer Steuereinnahmen – um gut 10 Prozent – mussten die Kommunen hinnehmen. Das Minus betrug 7,1 Milliarden Euro. Besonders stark stürzten dabei die Gewerbesteuereinnahmen ab, um 17,4 Prozent. Viele Städte erlitten dramatische Einnahmeverluste von mehr als 40 Prozent.

Für 2010 befürchteten die Kommunen ein Rekorddefizit von 12 Milliarden Euro. Auch in den Jahren 2011 bis 2013 werden zweistellige Milliardendefizite erwartet.

Was sind die Ursachen der Krise? Steuersenkungspolitik und schwarz-gelbe Steuerer-

sind eine gigantische Umverteilung von unten nach oben und Milliarden an Einnahmeverlusten für die öffentliche Hand.

Durch die Steuergesetzgebung der rot-schwarzen Bundesregierung – und insbesondere durch zwischen November 2008 und Juli 2009 vorgenommene Änderungen – werden die Kommunen im Zeitraum von 2009 bis 2013 Mindereinnahmen von 19,846 Mrd. Euro haben.

Bund und Land geben Aufgaben zulasten der Kommunen ab

Mit der Wirtschaftskrise und Finanzkrise spitzt sich die Finanzlage der Kommunen weiter zu. Die bereits heute hohe kommunale Verschuldung steigt in einem für die Existenz der Städte und Gemeinden bedrohlichem Ausmaß. Bund und Länder wälzen dennoch weitere Aufgaben und Lasten auf die Kommunen ab. Die Steuergeschenke der schwarz-gelben Regierungen werden zu einem erheblichen Teil die Kommunen aufbringen müssen, den schon jetzt die Luft zum Atmen fehlt.

Die Sozialausgaben der Kommunen stiegen 2009 ebenfalls auf rund 40 Milliarden Euro – beinahe doppelt so viel wie kurz nach der Wiedervereinigung. 2010 wurden die Ausgaben um fast 2 Milliarden Euro erwa-

treuung – alles gesamtstaatliche Aufgaben – werden in wachsendem Maße durch die Kommunen allein finanziert.

Investitionsstau als Folge der kommunalen Notlage

Infolge des enormen Einnahmedefizits haben Kommunen immer weniger öffentliche Mittel für Investitionen in die öffentliche Infrastruktur. Nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Urbanistik beträgt der Nachholbedarf 700 Mrd. Euro bis 2020!

Irrwege aus der Schuldenfalle

Kommunen suchten nach Auswegen aus der Schuldenfalle. Manche dieser Lösungsansätze haben sich als Irrwege erwiesen: Privatisierungen, Veräußerungen von öffentlichem Eigentum und Vermögen sowie Cross-Border-Leasing und Spekulationsgeschäfte spülten zwar kurzzeitig mehr Geld in die öffentlichen Kassen, hatten aber verheerende Folgen für Städte und Gemeinden. Die Kommunen begaben sich in die Abhängigkeit von Banken und Finanztransaktionsjongleuren. Dadurch verloren sie politischen Einfluss auf die formelle Gestaltung sowie die Qualität der Erbringung von öffentlichen Aufgaben der Daseinsvorsorge.

DIE LINKE fordert zur Stärkung der Kommunalfinanzen:

Kommunen brauchen Stabilität, Planungssicherheit und deutlich höhere Einnahmen. Dazu bedarf es sowohl einer Steuerreform, die die finanzielle Handlungsfähigkeit des Staates insgesamt stärkt (z.B. Vermögens-Millionärs- sowie Transaktionssteuer) als auch eine Neuordnung der Finanzen zwischen Bund, Ländern und Kommunen wie:

- Kompensationen der Steuerausfälle, durch Abschaffung der Gewerbesteuerumlage an Bund und Länder, Bundesmitteln,
- kommunale Investitionszuschüsse für Kommunen aus Bundesmitteln,
- Entschuldungsfonds für strukturschwache Kommunen und Zinsmoratorium
- Gewerbesteuer zur Gemeindefinanzierung weiterentwickeln – alle unternehmerischen Tätigkeiten einbeziehen und Bemessungsgrundlage ausweiten
- Aufgaben nur bei angemessener Finanzausstattung an Kommunen übertragen
- Bund angemessen an der Finanzierung gesamtstaatlicher Aufgaben beteiligen
- Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen neu ausgestalten
- Schuldenbremse zu Lasten der kommunalen Zukunftsfähigkeit zurücknehmen
- Kommunen müssen in den Entscheidungsprozessen einbezogen werden – Einklagbares und verbindliches Mitwirkungsrecht für Kommunen ins Grundgesetz
- Public-Privat-Partnership (PPP bzw. ÖPP) ist keine Lösung für die Finanzprobleme der Kommunen
- Rekommunalisieren statt privatisieren

Fachpolitischer Ansprechpartner:
Dr. Axel Troost, MdB, Sprecher für Finanzpolitik der Fraktion Die LINKE, im Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin,
Telefon: + 49-30-227-71 286
Email: axel.troost@bundestag.de

Ein Schutzschirm für Kommunen!

Kontakt:
DIE LINKE, im Bundestag, Büro der Landesgruppe Sachsen
c/o linXXnet - *Politik *Kultur *Projekte
Bornaische Straße 3d, 04277 Leipzig
Telefon: + 49-341-308 11 99

www.linke-landesgruppe-sachsen.de





Marion Junge
Stadträtin in Kamenz und Landtagsabgeordnete in Sachsen



Aktionswoche „Kommunen in Not“

1. Juni Heute startet die Aktionswoche „Kommunen in Not“ der Landesgruppe Sachsen LINKE Bundestagsabgeordnete, die von der Landtagsfraktion der LINKEN unterstützt wird.

Alle Landkreise Sachsens sollen im Jahr 2012 zusammen nur noch 400.000 Euro investive Schlüsselzuweisungen erhalten – gegenüber 57,4 Millionen im Jahr 2010. Beim Umgang mit den Kommunen tritt Sachsens Staatsregierung auf die Investitionsbremse, mit verheerenden Folgen für Wirtschaft und soziale Infrastruktur. Ohne eine Investitionsbremse im deutlichen zweistelligen Millionenbereich gibt es nicht genug Bauaufträge, und wenn der Jugendklub wegen Brandschutzmängeln schließen muss, kann darin auch kein angestellter Leiter mehr seine Arbeit machen. Die Stabilisierung der Verwaltungshaushalte auf Kosten der Investitionen schafft keine Zukunft.

Michael Leuvert, Sprecher der Landesgruppe Sachsen der LINKEN im Bundestag, sagt: Nur rund 210 von 320 Milliarden Euro Bundeshaushalt 2010 sind durch Steuernennahmen gedeckt. Wir haben ein Konzept, wie u.a. durch Millionärsteuer, Finanztransaktionssteuer und Veranlagungen beim Steuervollzug die Einnahme-Basis verbreitert werden kann. Wenn eine Stadt Chemnitz plötzlich ein Zehntel ihres Etats einsparen soll, werden Grundlagen des sozialen Zusammenhalts in Frage gestellt. Zurzeit wird viel über Generationengerechtigkeit geredet, doch ohne Gerechtigkeit innerhalb einer Generation – zwischen oben und unten – wird es sie nicht geben. Eine Mehrwertsteuererhöhung lehnen wir ab, da sie Menschen mit wenig Geld, die fast ausschließlich über das tägliche Bedarfs kaufen, überproportional belastet.

Die Dresdner Bundestagsabgeordnete Katja Kipping, auch Vorsitzende des Bundestags-Sozialausschusses, fügt hinzu:

Die Kommunen werden zu finanziellen Prügelknaben der Nation gemacht. Sie erhalten weniger Mittel für mehr Sozialleistungen. So steigen beispielsweise die Kosten der Unterkunft von 8,7 Milliarden Euro im Jahr 2005 auf über 10,2 Milliarden im Jahr 2009. Daher haben wir einen Antrag auf „Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit von Städten, Gemeinden und Landkreisen“ in den Bundestag eingebracht. Wer wie Finanzminister Schäuble bei Hartz IV sparen will, ruft zum Verfallungsbruch auf. Stattdessen brauchen wir eine Neuordnung des Steuersystems: Wer Brötchen kauft, muss Umsatzsteuer zahlen, wer ein Giftpapier erwirbt, nicht – diese Absurditäten der Steuergesetze kann sich die Gesellschaft nicht mehr leisten.

Die LINKE in Chemnitz steht für Ihre Fragen und persönliche Gespräche zur Verfügung, jeweils am Neumarkt: am 02. und 03. Juni von 15:00 - 18:00 Uhr, am 04. Juni von 10:00 - 16:00 Uhr. Ich selber werde am Freitag in der Zeit von 12:00 bis 15:00 Uhr am Inbostand sein und freue mich auf euren/ihren Besuch!



Freya Maria Klinger für bessere Bildung, mehr Freiräume und Demokratie!

Suche

Termine

Keine Termine
Alle Termine

Kategorien

- Allgemein (22)
- Antidiskriminierung (13)
- Antifa (26)
- Ausbildung (2)
- Bildung (8)
- Chemnitz (16)
- Datenschutz /
- Bürgerhaushalte (16)
- Migration (4)
- Mitbestimmung (12)
- Sozialien (18)

Social Web



„Kommunen in Not!“ - Aktionswoche der Landesgruppe Sachsen der LINKEN im Bundestag vom 31. Mai bis 4. Juni 2010

Erstellt am | 30. Mai, 2010 |



Die Landesgruppe Sachsen der LINKEN im Bundestag startet eine Aktionswoche, die sich mit der finanziellen Notlage der Kommunen befasst. Vom 31. Mai bis zum 4. Juni werden in sächsischen Städten und Kreisen zahlreiche Veranstaltungen.

KATEGORIEN

- > Aktionen (30)
- > Bundestag (31)
- > Bürgerbüro (12)
- > DIE LINKE (168)
- > Europa (1)
- > Gewerkschaft (2)
- > Junge - LINKE - Ideen (6)
- > Landtag (88)
- > Ortsverband (4)
- > Schule (5)
- > Stadt Kamenz (27)
- > Stadtrat (20)



Freitag, 11.06., 11 Uhr
Preisverleihung und
Ausstellungseröffnung zum
Schülerwettbewerb des Sächsischen
Landtages im Bürgerloyer des
Landtages; Dresden, Bernhard - von
Lindensau - Platz 1

Sonntag, 12.06., 9:30 bis 13 Uhr
Kommunalpolitischer Tag im
Landkreis Görlitz mit MdL Marion
Junge, MdL Heiderose Gläß und MdL
Kathrin Kagsmann

Sonntag, 12.06., 10 bis 13 Uhr
Kommunalpolitische Tagung im
Landkreis Mittelsachsen

POLITIK PARTEI THEMEN PARLAMENTE WAHLEN SERVICE

STARTSEITE • KREISVORSTAND • DRITSVERBÄNDE • PARLAMENTE • KONTAKT

DIE LINKE. Kreisverband Zwickau aktuell

1. Juni
Kommunen in Not
der Zeit vom 31. Mai 2010 bis 4. Juni 2010 findet die Aktionswoche
Kommunen in Not“ der Landesgruppe Sachsen im Deutschen Bundestag statt.
am 1. Juni gab es auch in Zwickau eine Aktionen hierzu.



Aufgrund der kommunalfeindlichen Politik des Landes in den vergangenen Jahren wird das Jahr 2010 zum finanziell schwierigsten Jahr seit der Wiedervereinigung. Freiwillige Leistungen werden derzeit im großen Umfang zusammengestrichen und Investitionen in den Unterhalt der kommunalen Infrastruktur in die Zukunft verschoben. Auf die Folgen dieser Politik, für die nicht allein die Kommunalpolitiker zur Verantwortung gezogen werden könnten, macht DIE LINKE landesweit aufmerksam.

WEGWEISER

- MdB Nabine Zimmermann
- MdB Jörn Wunderlich
- MdL Sebastian Scheel
- MdL Heide...

Termin

Ort: Ge...

Stadt: ...

Ort: Ge...

Arb...

Der klare Blick

19. Jahrgang Nummer 231 Juni 2010

www.cerklareblick.de Linke Zeitung für Chemnitz

„Kommunen in Not“ - Aktionswoche

Die Freitagstage dieser Woche, Gemeinden und Landkreise ist alarmierend. Viele Kommunen befinden sich am Rande des Bankrotts. Das Fundament des Staates gerät ins Wanken, wenn sich an der Finanzverstaatlichung der Kommunen nicht grundlegend etwas ändert. Für 2010 befragen die Kommunen bundesweit die BürgerInnen: nur 12 Milliarden Euro. Auch in den Jahren 2011 bis 2013 werden zweistellige Milliardenlücken erwartet. Die von zahlreichen Problemen: Injektionen für zugen In-Jugend- und Sozialbereich in Sachsen zu Beginn eines Jahres sind erst der Anfang der Auswirkungen einer von Bundes- und Landesregierung verursachten Krise der Kommunen.

Wir diesen Hintergrund verständlich sind die sächsischen Bundestagsabgeordneten der Fraktion DIE LINKE im Bundestag zum Jahresbeginn und erklären die Notlage der Kommunen zu einem ihrer Schwerpunktthemen für 2010. Bereits am 1. Mai 2010 startete der sächsische Landesverband unserer Partei die Kampagne „Kommunen in Not“ - gering gefürzt. Der Landesverband kündigte für die nächsten Wochen und Monate zahlreiche Informationsabende in Sachsen an. Vor dem Hintergrund der auch auf Chemnitz zukunftsweisenden Ernährungsweise in den folgenden Jahren hat sich auch der Kreisverband dem Kampagnenaufruf angeschlossen, so in den Herbst hinein wissen wir das Thema mit den Chemnitzern und Chemnitzen diskutieren und über die Ursachen der Probleme des städtischen Haushaltes aufklären. Die von der Landesgruppe der sächsischen Bundestagsabgeordneten angeführte Aktionswoche vom 31. Mai bis zum 4. Juni soll hier den Auftakt bilden. Neben Flugblätteraktionen im ganzen Stadtgebiet gehen dazu ein intensiver Infostand gemeinsam mit der Stadtratsfraktion in der städtischen Innenstadt vom 1.-4. Juni sowie eine Gesprächsrunde „Stadtstrat aktuell“ (Moderator: Auswärtige - Auswirkungen auf den Neuzugang, Vorstand)

www.dielinke-chemnitz.de/kommunen_in_not

DIE LINKE.

LANDESVERBAND SACHSEN

POLITIK
PARTEI
THEMEN
PARLAMENTE
WAHLEN
SERVICE

• NACHRICHTEN • PRESSE • AKTIONEN UND KAMPAGNEN • KONFERENZEN • PUBLIKATIONEN • PROGRAMMDEBATTE • TERMINE

Betteln für die Stadt - Mit Kostüm und Musik für handlungsfähige Kommunen



Betteln für die Stadt

Mit Kostüm und Musik für handlungsfähige Kommunen

Die erste Juniwoche hat die Landesgruppe der LINKEN Bundestagsfraktion zur Aktionswoche "Kommunen in Not" erklärt. Ein Schuttschirm für die Kommunen - das ist es, was DIE LINKE fordert, also: nicht die Kommunen sollen für die Krise zahlen, sondern diejenigen, welche den Schaden angerichtet haben: z. B. mit einer Finanztransaktionssteuer.

Steuersenkungen? Wer weiß, was die FDP reitet, selbst jetzt noch mit derart dumme Forderungen hausieren zu gehen. Vielleicht der Umstand, dass sich, von diesem Wort einmal abgesehen, die Programmatik der Partei im Nichts verliert.

Den Kommunen stünde in den kommenden Jahren das finanzielle Ausbluten bevor, würde Schwarz-Gelb das umsetzen, womit man 2009 in den Wahlkampf gezogen sind. Deshalb war Katja Kipping am 1.6. 2010 als Bettlerin in Sachen Kommunal финанzen unterwegs - natürlich vor dem Rathaus ihrer Heimatstadt Dresden. Unterstützt haben wurde sie dabei Margot Gaitzsch, Stadträtin der LINKEN in Dresden, Uli Reinsch, unser Geschäftsstellenleiter, sowie Jan und Sharon von der Dresdner Linksjugend.

Am Nachmittag war die Dresdner Bundestagsabgeordnete dann zu Gast bei der sächsischen LIGA der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege in Dresden, um sich über deren Arbeit und die Ängste bezüglich der künftigen Finanzsattung zu informieren. * mehr Bilder

Katja Kipping geht betteln



SUCHE

- SCHLAGWORTSUCHE**
- 8. Mai** Afghanistan, Antifa, BE, Bund, Bürgerhaushalt, Chemie, Cassiopeia, Demokratien, Dresden, Esby
 - Finanzen** Finanzstrategie, Gehalt
 - Kampagne** Kinder- und Jugendpolitik
 - Kommunalpolitik** Konferenz, Kreis, Leipzig, Parteilag
 - Programmdebatte, Riese, Statistik, Vorstand
 - Wahlkreis, Wählkreis

PRESSEMITTEILUNGEN

61/2010 Förderung der Solarindustrie - Entscheidung des Bundesrats gutes Zeichen für Sachsen
 "Die Entscheidung des Bundesrats, die Kürzung der Solarförderung vorerst zustoßpen, ist richtig", erklärt Michael Leutner, Sprecher der Landesgruppe Sachsen der LINKEN im Bundestag. "Gerade in Sachsen gefährdet"
 04.06.2010 15:30

60/2010 Gebhardt zum Rücktritt von Bundespräsident Horst Köhler
 Rico Gebhardt, Landesvorsitzender der LINKEN in Sachsen erklärt zum Rücktritt von Bundespräsident Horst Köhler: "Ich halte den Rücktritt für konsequent und die Entscheidung spricht für den Charakter von ..."
 31.05.2010 18:00

59/2010 Regionalkonferenzen zur Programmdebatte
 Nachdem zu zahlreichen Veranstaltung auf Kreisverbands- und Ortsverbandsebene der Programmwurf diskutiert wurde, lädt die Grundratskommission nun zu drei Regionalkonferenzen ein. Auszug aus der Einladung ...
 31.05.2010 16:00



Mitteilungsblatt Nr. 5/2010
 Aus der Arbeit der Abgeordneten

Landesgruppe startet Aktionswoche für eine solide Finanzsattung der Kommunen ab 31. Mai und ruft zum Mitmachen auf

Die Finanzlage vieler Städte, Gemeinden und Landkreise ist alarmierend. Viele Kommunen befinden sich am Rande des Bankrotts. Das Fundament dieses Systems gerät ins Wanken, wenn sich ein Staat nicht grundlegend für die Kommunen nicht grundlegend für die Kommunen einsetzt. Bis 2010 befristet die Kommunen ein Rekorddefizit von 12 Milliarden Euro. Auch in den Jahren 2011 bis 2013 werden zweistellige Milliardenverluste erwartet. Die vor zahlreichen Protesten boykottierten Kürzungen in Jugend- und Sozialschutz in Sachsen, sind erst der Anfang für Auswirkungen einer unendlichen Krise der Kommunalfinanzien. Vor diesem Hintergrund verständlich ist die schärfste Bundestagsabgeordnete der Fraktion DIE LINKE im Bundestag zum Jahresthema und erklärt die Notlage der Kommunen zu einem ihrer Schwerpunktthemen für 2010.

Am 1. Mai 2010 startete die sächsische Landesverband unsere Partei die Kampagne "Kommunen in Not - gnädig gekürzt". Die Landesverband der LINKEN, Rosa Gebhardt kündigte für die nächsten Wochen und Monate zahlreiche Informationsveranstaltungen an. Für eine Kampagne statt der Landesverband ein Plakat und einen Informationsflyer aller Kreis- und Stadtverbände zur Verfügung. Die Landesgruppe Sachsen beteiligt sich ab 31.5.2010 mit einer Aktionswoche am Kampagnenthema und informiert über die Realitäten der Bundestagsfraktion mit einem eigenen Flyer der Landesgruppe zur Unterstützung der Kommunen. Neben einem thematischen Presseschilder der Landesgruppe und dem Finanzprognostik der Landesgruppe sind am 31.5.2010 ein Gespräch mit dem sächsischen Städte- und Gemeindeforum geplant.

Protest-Event vor, auf dem zahlreiche Vereine und Verbände ihre Sorgen und Nöte, die sich aus der Notlage der Kommunen ergeben präsentieren. Darüber hinaus planen auch die anderen Mitgliedsgruppen in den nächsten eine Beteiligung.

Die Landesgruppe, Kommunalpolitikerinnen und Gemeindeforen sind bereit, um sie zu unterstützen. Infolgedessen können wir unsere Positionen in die Öffentlichkeit bringen. Schluss mit der Verwaltung des Mandats für eine solide Finanzsattung der Kommunen um soziale und demokratische Schritte wirksam umzusetzen!

Die Leitigen Aktion findet am 1. Juni 2010 auf dem Willy-Brandt-Platz 11 Uhr bis 15 Uhr statt.

www.links-landesgruppe-sachsen.de



Übersicht der neu gewählten Parteiliste

Auf der 1. Tagung der 2. Bundestagung der LINKEN am 13. und 14. Mai 2010 in Leipzig wurden Parteimitglieder für die ersten der Partei 2010 gewählt.

Landesgruppe Sachsen der LINKEN im Bundestag startet eine Aktionswoche für eine solide Finanzsattung der Kommunen ab 31. Mai und ruft zum Mitmachen auf

Ein Schuttschirm für Kommunen

von Marco Forberger

Die Finanzlage vieler Städte, Gemeinden und Landkreise ist alarmierend. Viele Kommunen befinden sich am Rande des Bankrotts. Das Fundament dieses Systems gerät ins Wanken, wenn sich ein Staat nicht grundlegend für die Kommunen nicht grundlegend für die Kommunen einsetzt. Bis 2010 befristet die Kommunen ein Rekorddefizit von 12 Milliarden Euro. Auch in den Jahren 2011 bis 2013 werden zweistellige Milliardenverluste erwartet. Die vor zahlreichen Protesten boykottierten Kürzungen in Jugend- und Sozialschutz in Sachsen, sind erst der Anfang für Auswirkungen einer unendlichen Krise der Kommunalfinanzien. Vor diesem Hintergrund verständlich ist die schärfste Bundestagsabgeordnete der Fraktion DIE LINKE im Bundestag zum Jahresthema und erklärt die Notlage der Kommunen zu einem ihrer Schwerpunktthemen für 2010.

Am 1. Mai 2010 startete die sächsische Landesverband unsere Partei die Kampagne "Kommunen in Not - gnädig gekürzt". Die Landesverband der LINKEN, Rosa Gebhardt kündigte für die nächsten Wochen und Monate zahlreiche Informationsveranstaltungen an. Für eine Kampagne statt der Landesverband ein Plakat und einen Informationsflyer aller Kreis- und Stadtverbände zur Verfügung. Die Landesgruppe Sachsen beteiligt sich ab 31.5.2010 mit einer Aktionswoche am Kampagnenthema und informiert über die Realitäten der Bundestagsfraktion mit einem eigenen Flyer der Landesgruppe zur Unterstützung der Kommunen. Neben einem thematischen Presseschilder der Landesgruppe und dem Finanzprognostik der Landesgruppe sind am 31.5.2010 ein Gespräch mit dem sächsischen Städte- und Gemeindeforum geplant.

Ein Schuttschirm für Kommunen

Die Finanzlage vieler Städte, Gemeinden und Landkreise ist alarmierend. Viele Kommunen befinden sich am Rande des Bankrotts. Das Fundament dieses Systems gerät ins Wanken, wenn sich ein Staat nicht grundlegend für die Kommunen nicht grundlegend für die Kommunen einsetzt. Bis 2010 befristet die Kommunen ein Rekorddefizit von 12 Milliarden Euro. Auch in den Jahren 2011 bis 2013 werden zweistellige Milliardenverluste erwartet. Die vor zahlreichen Protesten boykottierten Kürzungen in Jugend- und Sozialschutz in Sachsen, sind erst der Anfang für Auswirkungen einer unendlichen Krise der Kommunalfinanzien. Vor diesem Hintergrund verständlich ist die schärfste Bundestagsabgeordnete der Fraktion DIE LINKE im Bundestag zum Jahresthema und erklärt die Notlage der Kommunen zu einem ihrer Schwerpunktthemen für 2010.

Am 1. Mai 2010 startete die sächsische Landesverband unsere Partei die Kampagne "Kommunen in Not - gnädig gekürzt". Die Landesverband der LINKEN, Rosa Gebhardt kündigte für die nächsten Wochen und Monate zahlreiche Informationsveranstaltungen an. Für eine Kampagne statt der Landesverband ein Plakat und einen Informationsflyer aller Kreis- und Stadtverbände zur Verfügung. Die Landesgruppe Sachsen beteiligt sich ab 31.5.2010 mit einer Aktionswoche am Kampagnenthema und informiert über die Realitäten der Bundestagsfraktion mit einem eigenen Flyer der Landesgruppe zur Unterstützung der Kommunen. Neben einem thematischen Presseschilder der Landesgruppe und dem Finanzprognostik der Landesgruppe sind am 31.5.2010 ein Gespräch mit dem sächsischen Städte- und Gemeindeforum geplant.

Stadtwahl Dresden
 Gemeindeforen mit dem Ortsverbänden arbeiten die Stadtverbände für eine solide Finanzsattung der Kommunen in Dresden. Am 18. April 1945 wurden die letzten Mannes der westlichen Zivilisation am 18. April 1945 wackig zurückgeworfenen Wackelstühle

Weitere Bilder sowie Audiomitschnitte und Videos finden sich auf
www.dielinke-sachsen.de